



Beschlossene Anträge

für das 5. Wiener SchülerInnenparlament

Titel: Politische Bildung und Recht

Nr. 1

Antragstellerin: Conny Kolmann

ANGENOMMEN

Schule: BAKIP7 Kenyongasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

Viele Jungwähler/innen bekommen in der heutigen Zeit kaum die Chance sich richtig und sachlich über Politik zu informieren. Um ein demokratisches Wahlsystem zu gewährleisten muss jede/r Wähler/in, egal ob jung oder alt, genau über die verschiedenen politischen Richtungen und Ansätze, aufgeklärt sein. Dies ist zurzeit nicht der Fall. Machen wir jetzt einen Schritt in Richtung fairer Demokratie durch „Politische Bildung und Recht“ ab der 9. Schulstufe. In der 9., 10. und 11. Schulstufe sollte es jeweils zwei Wochenstunden mit dem Schwerpunkt „Politische Bildung“ geben und in der 12. Schulstufe eine Wochenstunde mit dem Schwerpunkt „Recht“. Der Vorteil ist, dass Schüer/innen in dem Fach „Politische Bildung und Recht“ maturieren können.
Für eine Aufklärung im demokratischen Sinne!

Forderungen:

- Einführung von zwei Wochenstunden „Politische Bildung und Recht“ in der 9., 10. und 11. Schulstufe mit dem Schwerpunkt „Politische Bildung“ und einer Wochenstunde in der 12. Schulstufe mit dem Schwerpunkt „Recht“
- Möglichkeit der Einführung ab der 7. Schulstufe
- Dadurch die Möglichkeit „Politische Bildung und Recht“ als Maturafach

Titel: Schuljahresbeginn am Mittwoch

Nr. 2

Antragstellerin: Daryl Chou

ANGENOMMEN

Schule: AHS Kenyongasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

Wir alle kennen die Situation:

Montag nach den Sommerferien, der Schulalltag soll wieder ganz normal beginnen. Dass zur selben Zeit die Wiederholungsprüfungen stattfinden macht einen geregelten Ablauf in der Klasse unmöglich.

Vor einigen Jahren begannen die Schüler/innen erst am Mittwoch im September wieder in die Schule zu gehen, daher konnten alle Prüfungen abgeschlossen und die Klasseneinteilung rechtzeitig gemacht werden. Das erleichtert einerseits die Verwaltung für die Administration, und andererseits kann die Klassengemeinschaft von Anfang an aufgebaut werden. Schüler/innen müssen nicht mehr Klassen wechseln, die Teilungszahlen und Gruppeneinteilung können vorher bestimmt werden. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass der erste Schultag für alle Schüler/innen wieder am Mittwoch in der ersten Schulwoche sein soll.

Forderungen:

- Wiederholungsprüfungen am Montag und Dienstag in der ersten Schulwoche
- Geregelter Schulalltag für alle Schüler/innen ab Mittwoch in der ersten Schulwoche

Titel: Herbstferien

Nr. 3

Antragstellerin: Olivia Loibl

ANGENOMMEN

Schule: BG9 Wasagasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

An den meisten Schulen gibt es schon in der einen oder anderen Form Herbstferien. Diese sind – gerade in der sehr arbeitsreichen Phase von September bis Dezember – eine wichtige Erholungszeit für alle Schülerinnen und Schüler.

Jedoch hat bis jetzt immer der SGA bestimmt, ob und wie lange es Herbstferien an einer Schule gibt. Dadurch werden sie uneinheitlich, was für Familien mit Geschwistern in verschiedenen Schulen sehr unangenehm ist. Außerdem reichen die schulautonomen Tage an der AHS nicht immer aus, um die Zeit zwischen den verschiedenen Feiertagen zu „überbrücken“. Daher fordere ich einheitliche Herbstferien für alle, die durch die Verschiebung einzelner Pfingst- und Osterferientage oder Sommerferientage ermöglicht werden sollten.

Forderungen:

- Einheitliche Herbstferien für alle SchülerInnen
- Ermöglicht durch die Verschiebung von Sommerferientagen
- Oster- und Pfingstferientage bleiben konstant
- Alle BMHS entscheiden praktikumsbedingt im SGA darüber

Titel: SGA-Sitzungen in Berufsschulen

Nr. 4

Antragsteller:	Rene Jellitsch	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	Berufsschule für Chemie, Grafik und gestaltende Berufe	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Derzeit ist eine verpflichtende SGA-Sitzung pro Semester im SchUG verankert. In Berufsschulen spielt der Zeitfaktor eine wahnsinnig wichtige Rolle. Die eine SGA-Sitzung wird meist aus terminlichen Gründen relativ kurz gehalten oder sogar früher abgebrochen. Die Gremien stehen unter Zeitmangel und lassen dies gerne spüren. Auf die Bitte, eine zweite SGA-Sitzung durchführen zu wollen, kommt oft die Antwort:

„Wieso? Die eine verpflichtende haben wir schon hinter uns.“

Die Schüler/innen treten an uns Schülervorteiler/innen mit zeitaktuellen Problemen heran, welche im SGA beschlossen werden müssen. Viele Klassen wissen oft erst relativ spät, wenn sie auf einen Ausflug fahren wollen, da sie nur einmal pro Woche Unterricht haben.

In Berufsschulen mit Blockunterricht schaut dies meist anders aus:

Alle 6 – 8 Wochen fängt ein neuer Blockunterricht an, und viele der Schülervorteiler/innen haben dadurch nicht einmal die Möglichkeit an einer SGA-Sitzung teilzunehmen.

Um die Arbeit der Schülervorteiler/innen in Berufsschulen zu erleichtern fordere ich zwei verpflichtende SGA-Sitzungen pro Semester in Jahrgangsschulen und in Berufsschulen mit Blockunterricht eine verpflichtende SGA-Sitzung pro Block.

Forderungen:

- In Jahrgangsschulen zwei verpflichtende SGA-Sitzungen pro Semester
- In Berufsschulen mit Blockunterricht eine verpflichtende SGA-Sitzung pro Block
- Ende der Sitzung nur mit Zustimmung aller Schulpartner

Titel: Baufälligkeit an Schulen

Nr. 5

Antragsteller: Dominik Bertagnol

ANGENOMMEN

Schule: IBC Hetzendorf

ABGELEHNT

Beschreibung:

Gerade im Winter gibt es viele Probleme bezüglich der Baufälligkeit an Schulen. Zahlreiche Mängel, wie zum Beispiel nicht funktionierende Heizungen, undichte Fenster in manchen Klassenzimmern, machen den Tag für die Schüler/innen in der Schule sehr unangenehm. Unhygienische Toiletten sind ebenfalls ein Defizit in vielen Schulen. Wofür die Finanzen eingesetzt werden, entscheidet zurzeit alleine die Schulleitung. Diese weiß aber oft nicht, wo die Probleme liegen bzw. ist nicht bereit das Geld dort einzusetzen, wo es gebraucht wird. Man muss sich nur manche Schulen anschauen und sieht schon auf Anhieb, wie grauslich und verschimmelt manche Decken, Ecken oder sonst welche Orte im Klassenzimmer sind. Geeigneter Platz zum Lernen ist einfach nicht gegeben, doch genau das ist die Grundvoraussetzung, um sich in einer Schule, in der man viel Zeit seines Lebens verbringt, wohl zu fühlen. Daher ist die Mitsprache der Schülervertretung gefordert. Das Geld so einzusetzen damit es schülergerecht verwendet wird, sollte eigentlich selbstverständlich sein, dennoch wird es oft so benutzt, um Direktorenbüros zu verschönern.

Forderungen:

- Klare Aussage über die Wichtigkeit von Sanierungen im SGA. Anerkennung von dem Recht der Mitbestimmung und Benachrichtigung seitens des SGA.
- SGA-Beschluss bei Neuanschaffungen und Renovierungen
- Finanzielle Mittel sollen schülergerecht verwendet werden
- Priorität soll Wärmesanieung haben
- Verpflichtende Offenlegung der Finanzen im SGA

Titel: Schulverwaltung neu

Nr. 6

Antragstellerin: Clara Bauer

ANGENOMMEN

Schule: Ursulinen

ABGELEHNT

Beschreibung:

An jeder Schule gibt es eine/n Direktor/in, der/die nicht nur die pädagogische Leitung der Schule übernimmt, sondern sich auch um alle Finanzen, Umbauten, Personalentscheidungen und die räumliche Ausstattung kümmert. Doch viele Direktor/innen sind überfordert, da sie in diesen Bereichen nicht ausgebildet sind, weswegen sie sich nicht auf die Lehrer/innen und uns Schüler/innen konzentrieren können. Oft muss ein/e Direktor/in den Großteil ihrer/seiner Arbeitszeit, die eigentlich uns zugute kommen sollte, in wirtschaftliche Aufgaben stecken.

Doch es ist wichtig, dass wir einerseits pädagogisch gut betreut werden und es andererseits auch eine Person gibt, die sich um die finanziellen Dinge und das Management der Schule kümmert.

Deswegen fordern wir Wirtschaftsleiter/innen für jede Schule, die alle wirtschaftlichen Aufgaben einer Schule übernehmen und in ihrem Bereich gut ausgebildet sind.

Forderungen:

- Wirtschaftsleiter/innen an jeder Schule, um die Schulverwaltung und die pädagogische Betreuung durch die Direktor/innen zu verbessern.
- Kontrolle der Wirtschaftsleiter/innen durch den SGA

Titel: Interne SchülerInnenparlamente

Nr. 7

Antragsteller:	Niklas Schraml	<input checked="" type="radio"/> ANGENOMMEN
Schule:	Sacré Coeur	<input type="radio"/> ABGELEHNT

Beschreibung:

Die SchülerInnenparlamente der LSV stellen eine tolle Möglichkeit dar, als SchulsprecherIn oder SchülerIn Problemstellen in unserem Schulsystem aufzuzeigen und diesen durch reformorientierte Anträge entgegenzuwirken. Zudem ermöglichen sie einen zielorientierten, konstruktiven Meinungsaustausch, der der Verbesserung unseres Schulsystems förderlich ist.

Jedoch ist es nicht allen interessierten SchülerInnen möglich, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, da sie entweder keine Genehmigung vom Direktor bzw. von der Direktorin bekommen, oder an diesem Tag eine wichtige Prüfung zu absolvieren haben. Zudem interessieren sich etliche SchülerInnen nur für Themen, die sie direkt in ihrem Schulalltag tangieren, also Themen, die sich speziell auf ihre Schule beziehen. Was derartige Themen betrifft, haben nur die Schülervertreter im SGA effektiv ein Mitspracherecht, direkte Demokratie in Form von ständigen Meinungsumfragen unter der Schülerschaft wäre jedoch (für die Schülervertretung) ziemlich aufwendig, daher sollte ein anderes Mittel gefunden werden, um den SchülerInnen mehr Mitspracherecht zu geben und ihr Demokratieverständnis durch die Ausübung direkter Demokratie gezielt zu fördern: Interne SchülerInnenparlamente, bei denen schulspezifische Themen behandelt werden und die Schülervertretung dazu verpflichtet ist, sich bei der nächsten SGA-Sitzung um die Umsetzung der beschlossenen Anträge zu bemühen. Die Schülervertretung sollte an jeder Schule Wiens 2-mal pro Semester das Recht haben, solche zu veranstalten. Teilnahmeberechtigt wären alle OberstufenschülerInnen sowie die KlassensprecherInnen und KlassensprecherstellvertreterInnen der Unterstufe, den Vorsitz hätte der Schulsprecher bzw. die Schulsprecherin. Neben der Förderung des Demokratieverständnisses der SchülerInnen, hätten derartige SchülerInnenparlamente eine Mandatsstärkung für die Schülervertreter im SGA zur Folge, was dieser beim Durchsetzen ihrer Anträge behilflich wäre.

Forderungen:

- Die Schülervertretung soll an Wiener Schulen das Recht haben, 2-mal pro Semester während der Unterrichtszeit ein Internes SchülerInnenparlament durchzuführen, bei dem schulspezifische Themen behandelt werden.

Titel: Notfallentschuldigung sofort!

Nr. 8

Antragstellerin: Bernadette Hebenstreit ANGENOMMEN

Schule: HLMW Michelbeuern ABGELEHNT

Beschreibung:

Gerade in der Zeit, in der sich das Wetter oft schnell ändert, werden Schüler/innen häufig krank. Laut Gesetz ist es verboten, dass man krankheitsbedingt das Schulhaus ohne jegliche Abmeldung verlässt. Das bedeutet, dass man im Sekretariat angeben muss, dass man krank ist und danach zuerst die Eltern verständigt werden müssen. Erreicht man kein Elternteil, so ist der/die Schüler/in verpflichtet krank in der Schule zu bleiben. Das soll sich ändern! Setzen wir uns dafür ein, dass die Eltern am Beginn der Schuljahres einen Zettel ausfüllen dürfen, auf dem sie bestätigen, dass der/die Schüler/in nach Hause gehen darf, wenn er/sie krank ist, um unnötiges Warten und sinnlose Komplikationen zu vermeiden. Ruhe und Erholung ist der erste Schritt, um wieder gesund zu werden, und das geschieht nicht in der Schule.

Forderungen:

- Einführung einer Notfallentschuldigung in Form einer schriftlichen Bekanntgabe der Eltern am Anfang der Schuljahres für alle Oberstufenschüler/innen und BMHS Schüler/innen.

Titel: Mitsprache bei Kollektivvertragsverhandlungen

Nr. 9

Antragsteller:	Denis Mehmedovic	<input checked="" type="radio"/>	ANGENOMMEN
Schule:	Berufsschule für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	<input type="radio"/>	ABGELEHNT

Beschreibung:

Jedes Jahr gibt es Kollektivvertragsverhandlungen in welchen auch über die Lehrlingsentschädigung diskutiert wird. An den Kollektivvertragsverhandlungen nehmen Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen und der Arbeitgeber/innen teil. Auf Arbeitnehmer/innenseite wird das Verhandlungsteam größtenteils aus Betriebsräte/innen jener Branche gebildet, für die verhandelt wird. Auf Arbeitgeber/innenseite verhandeln zumeist Unternehmer/innen oder Manager/innen aus den Betrieben der Branche.

Jedoch können jene Vertreter sich selten in die Rolle eines Lehrlings hineinversetzen. Es wäre wünschenswert, wenn auch jemand als Interessensvertretung an diesen Verhandlungen teilnehmen kann. Lehrlinge werden sonst nicht richtig vertreten. Ich denke es wäre ein weiterer Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Außerdem würde dies die Wertschätzung der Berufsschul-Landesschülervertretung steigern.

Forderungen:

- Drei Vertreter/innen aus der Berufsschul-Landesschülervertretung Wien dürfen zu Kollektivverhandlungen gesandt werden
- Die drei entsandten Vertreter/innen sollen bei den Verhandlungen stimmberechtigt sein

Titel: Mülltrennung in jeder Schule

Nr. 10

Antragstellerin: Magdalena Haberler

ANGENOMMEN

Schule: AHS Kenyongasse

ABGELEHNT

Beschreibung:

Wer kennt es nicht, da eine Flasche und dort ein Stück Papier am Boden. Der Verbrauch von PET-Flaschen, Verpackungen und Papier steigt in unseren Schulen von Jahr zu Jahr und nichts passiert. Es wird einfach weiter Müll produziert und die richtige Mülltrennung erfolgt in einigen Schulen auch nur gelegentlich. Um dieses Problem zu beheben, haben einige Schulen ein Mülltrennungssystem eingeführt. Jede Klasse besitzt einen Mülleimer für Papier, für PET-Flaschen und für Restmüll. Die Schüler/innen sollen dabei Verantwortung übernehmen, Materialien richtig zu trennen und gleichzeitig die Schule sauber zu halten.

Stärken wir das Umweltbewusstsein der Schüler/innen und trennen Müll in jeder Schule!

Forderungen:

- Mülltrennungssystem in jeder Schule